

## Alternativen – Politische Rahmenbedingungen der Konversion

Christine Schweitzer

Ich möchte in meinem Input über die Fragen nachdenken:

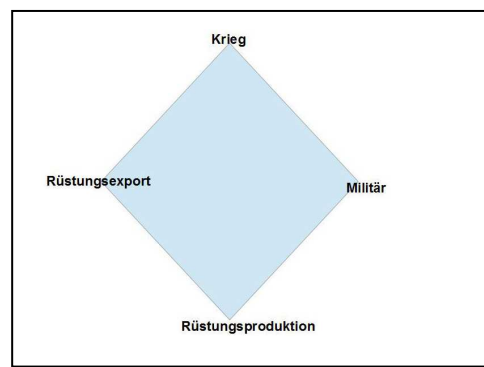
Kann Rüstungsexport abgeschafft werden, ohne Rüstungsproduktion zu beenden?

Kann Rüstungsproduktion beendet werden, ohne Militär als Institution in Frage zu stellen, ohne Krieg als Mittel der Dominanz und der Konfliktaustragung zu überwinden?

Und falls diese Fragen so gestellt werden (müssen), ist dann der Berg, der zu bewältigen ist, so groß, dass jede Hoffnung auf Erreichen des Zieles schwindet?

**Wir haben es hier mit einer vierköpfigen Hydra zu tun:** Rüstungsexport, Rüstungsproduktion, der Apparat Militär und als viertes der Krieg, der Zweck und die Rechtfertigung der anderen drei. Auch wenn die Mehrzahl aller Kleinwaffen nicht in der Hände des Militärs, sondern in denen von ZivilistInnen sind – hergestellt werden sie vorrangig nicht für die Ladentheke von Walmart in den USA, sondern für den Krieg.

1. Rüstungsexporte haben eine wirtschaftliche und eine geopolitische Seite. Zu beiden wurde auf dieser Tagung schon genügend gesagt. Die fünf ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat verantworten 70% der Weltwaffenexporte (im Zeitraum 2007 bis 2011). (Die meisten Zahlen in meinem Vortrag entnehme ich dem neuen Buch von Jürgen Grässlin).<sup>i</sup> Es werden weiter, wie schon immer, die Freunde von heute gegen die Feinde von heute (Achtung: Rollentausch in der Zukunft ist möglich) fröhlich



aufgerüstet, im Notfalle, sofern die strategischen Interessen stark genug sind, auch unter Missachtung innerer Konflikte und gravierender Menschenrechtsverletzungen. Und falls dann die eigenen Waffen doch mal gegen einen selbst gerichtet werden, wie es von Afghanistan bis Libyen geschehen ist, dann ist das nur ein Anreiz, noch bessere Waffen zu entwickeln – gerade ist mit der Entwicklung bewaffneter Drohnen und anderer Kriegsroboter ja eine neue solche Windung in der Rüstungsspirale beobachtbar. In Deutschland gibt es derzeit – die meisten von Ihnen wissen es oder haben es in diesen Tagen gehört – eine Kampagne zum Stopp von Rüstungsexporten, die Aktion Aufschrei. Ihre Strategie ist die Verhinderung symbolträchtiger Rüstungsexporte (Panzer an Saudi-Arabien) und Skandalisierung von Exportpraxis (illegale Lieferung von G36 an Mexiko); die Forderung nach Verwirklichung parlamentarischer Kontrolle; die Neugestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen (Verfassung und Gesetze); das Verbot besonders verwerflicher Waffensysteme und schließlich die Konversion der Rüstungsindustrie (Grässlin S. 583). Dabei geht sie durchaus realpolitisch vor, indem sie ihren Maximalforderungen realpolitische Minimalforderungen hinzugefügt hat. Ein gutes Beispiel dafür sind die jüngst veröffentlichten Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013: „*Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird? Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann zumindest, dass es keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten mehr gibt?*“, heißt es da.

2. Waffenexport ist eine Funktion von Waffenproduktion, zumindest unter kapitalistischen Verhältnissen. Es gibt einen Markt für Rüstungsgüter, und es ist schwer vorstellbar, dass neueste hochkomplexe Waffensysteme weiter gebaut, aber nur von der jeweiligen Regierung des Landes, wo sie gebaut werden, gekauft werden. Das ist weder für Flugzeuge, Schiffe noch für Fahrzeuge und Kleinwaffen denkbar. Es wäre ein Rückfall in Zeiten der wirtschaftlich autonomen Nationalstaaten, wie sie im wirtschaftlichen Sektor so

kaum noch bestehen – noch wohl angesichts des Wettrüstens, das folgen würde, wünschenswert wären. Außerdem: Eine Reihe der größten Rüstungsunternehmen sind selbst international aufgestellt oder haben zumindest Zweig- und Subunternehmen in vielen Ländern. Aus diesen beiden Gründen fällt es mir schwer, mir vorzustellen, dass ein völliges Verbot von Rüstungsexport (im Unterschied zu Exporten außerhalb der NATO) durchgesetzt werden kann, ohne dass sich an den anderen drei Ecken des Quadrats etwas ändert.

### **Rüstungsexport stoppen heißt Rüstungsproduktion stoppen.**

In Deutschland hat die Waffenproduktion keinen großen Anteil am Wirtschaftsvolumen und macht gerade mal 0,12% im Gesamtexport<sup>ii</sup> aus. Und was die Zahl der Menschen, deren Arbeitsplätze potentiell bedroht ist, angeht (das Arbeitsplätzeargument hält hierzulande immer gern als Totschlagargument her): Selbst falls es tatsächlich die vom Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut 2011 errechnete Zahl von 98.000 direkt und 218.649 indirekt Beschäftigten sein sollten, würde das die Arbeitslosenzahl in Deutschland im allerschlimmsten Fall von 7,1% oder 3,02 Mio. auf 3,336.649 Mio oder 12,75% erhöhen – eine beherrschbar scheinende Zahl, verglichen mit der gegenwärtigen Situation in Griechenland, wo 2012 aufgrund der Eurokrise 22,3% der Erwerbstätigen arbeitslos waren; in Spanien waren es 24,5%.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen scheint der Vorschlag von Rüstungskonversion nicht so unrealistisch, zumal viele der Rüstungsunternehmen sowieso schon auch zivile Güter herstellen. Das Thema Rüstungskonversion ist (im Unterschied zu Standortkonversion, wo viel passiert ist) ein bisschen „aus der Mode“ gekommen – in den 1980er Jahren gab es etliche Fachleute, u.a. aus Gewerkschaften, die sich über eine mögliche Konversion ihrer Betriebe Gedanken machten, und vereinzelt wurden auch Konzepte der Rüstungskonversion umgesetzt, etwa in Bremen. Heute scheint es wenig in dieser Richtung zu geben, und ich würde mir wünschen, dass dies anders würde. Sofern GewerkschaftlerInnen daran kein Interesse haben, wäre der Entwurf von Konzepten vielleicht auch eine reizvolle Aufgabe für Studierende, die Themen für ihre Abschlussarbeiten suchen. Oder für höherqualifizierte ältere Arbeitslose, die vergeblich darauf warten, eine neue Stelle zu bekommen?

3. Zum Militär: Das Militär als solches ist eine Institution in den meisten Ländern der Welt, die auch abseits seiner Aufgabe der Kriegsführung Gewicht hat und das sich jeder Einschränkung seiner Potentiale zu wehren sucht. Es hat innenpolitische Macht, ist ein Faktor auf dem Arbeitsmarkt und seine Angehörigen besitzen Privilegien, die sie eifersüchtig zu wahren trachten – in großen Teilen der Welt im Notfalle auch durch einen Putsch. Während in den demokratischen Ländern des Nordens gewöhnlich vorgegeben wird, dass das Militär allein den Direktiven der Politik untergeordnet ist, ist die Realität doch auch hier vielfach die von politischem Einfluss der militärischen Elite auf die zivile. Und es auch in unseren Ländern noch nicht zum entscheidenden Test gekommen, was geschehen würde, würde eine Regierung, getragen vom deutlichen Willen der Mehrheit der Bevölkerung, beschließen, radikal abzurüsten.  
Es gibt in vielen Ländern der Welt Gruppen – Wehrpflichtige, Veteranen, Friedens- und Antikriegsgruppen – die für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, für Bürgerrechte im Militär oder schlicht für die Abschaffung der Institution Militär arbeiten – mit Öffentlichkeitsarbeit, Zivilem Ungehorsam und politischer Kampagnenarbeit. Ihre Stimme ist derzeit schwach – anders als nach 1989, wo in der Schweiz 36% der Bevölkerung bei einer Volksabstimmung für die Abschaffung des Schweizer Militärs stimmten.
4. Die letzte Seite des Vierecks schließlich: Krieg und Konflikt. Waffen sind per se nur selten eine Kriegsursache, aber sie zur Verfügung zu haben oder leicht beschaffen zu können, „hilft“, z.B. wenn Aufständische sich ihre Strategie überlegen. Das gilt gerade für Kleinwaffen. Ein syrischer Aktivist erzählte mir letztes Jahr einen Witz, der in Syrien umging: Man müsse sich nur einen Bart wachsen lassen, traditionelle Kleidung anlegen und an die Grenze des Landes stellen, und schon käme ein Saudi und würde einem ein Gewehr geben. Für die Großmächte, deren Problem nicht die Verfügung über Kleinwaffen ist, gilt, geht es um Verfügung über andere Waffentypen, vorrangig solche, die Tote auf der eigenen Seite minimieren. Die Fähigkeit, einen effektiven Luftkrieg führen zu können und eine Besetzung

mit Bodentruppen erst durchzuführen, wenn der Gegner kapituliert hat; oder der Einsatz bewaffneter Drohnen anstelle von bemannten Flugzeugen, mag eine Entscheidung, ob man einen Krieg riskiert oder nicht, erleichtern. Kriege werden erst möglich durch Waffen, daran ändert auch der Verweis auf die Macheten im ruandesischen Genozid nichts. **Sie sind eine notwendige, wenngleich nicht ausreichende Bedingung dafür, dass ein Konflikt zu einem Krieg eskaliert.**

Ich sprach davon, dass sie „selten“ eine Kriegsursache sind, nicht „nie“, denn 1. der Rüstungswettlauf um immer neue Waffentypen birgt eine immanente Kriegsgefahr in sich, weil Überlegenheit wie Furcht vor Unterlegenheit einen Staat zu einem Angriff bewegen können. Internationale Kriege sind zwar im Vergleich zu inneren (Bürger-)Kriegen selten geworden, aber es gibt sie weiterhin, auch wenn sie heute selten als Krieg, sondern lieber als „Intervention“ bezeichnet werden.

2. scheint zwar oder schien nach 1989 die Angst vor einem großen internationalen Krieg, einem „Weltkrieg“ überwunden, aber so sicher kann man sich nach nur 25 Jahren wohl kaum sein. Ein Spannungsfeld zwischen USA, Russland und China ist auf jeden Fall weiter vorhanden, von möglichen neuen Großmächten (wie Indien) mal ganz abgesehen.

Krieg ist ein Mittel der Politik. Daran ändert auch das Kriegsverbot der UN-Charta nichts, zumal dieses Verbot angesichts des Rechts auf Selbstverteidigung und angesichts Kapitel VII löchrig wie ein Schweizer Käse ist. Die offiziellen Rechtfertigungen für Krieg heißen in erster Linie „Sicherheit“ und „Bedrohung“. Sei es Bedrohung der eigenen Äcker durch das Vieh durchziehender Nomaden oder sei es das „weltumspannende Terrornetzwerk von Al-Quaida“, das so wunderbar Rechtfertigungen für (fast) jeden Krieg und jede Einschränkung persönlicher Freiheiten liefert, dass man es hätte erfinden müssen, wenn es es nicht schon gäbe.

Es gibt Alternativen zu diesem Mittel, Alternativen, die schwerpunktmäßig auf den Instrumentarien gewaltfreier Aktion beruhen.

Viele Konflikte könnten verhindert oder gelöst werden, ohne dass es zu Gewalt kommt. Das Stichwort hier ist **Zivile Konfliktbearbeitung** oder –transformation. Dies ist ein Feld mit vielfältigen Ansätzen und Instrumentarien, die ich hier nicht alle aufzählen kann. Deshalb nur so viel: Sie kann angewendet werden von Staaten wie von Zivilgesellschaft. Sie umfasst Mechanismen der Frühwarnung, Maßnahmen der Mediation auf höchster Ebene ebenso wie Capacity Building auf allen Ebenen und konfliktsensitive Arbeit auf der Basisebene, den grassroots.

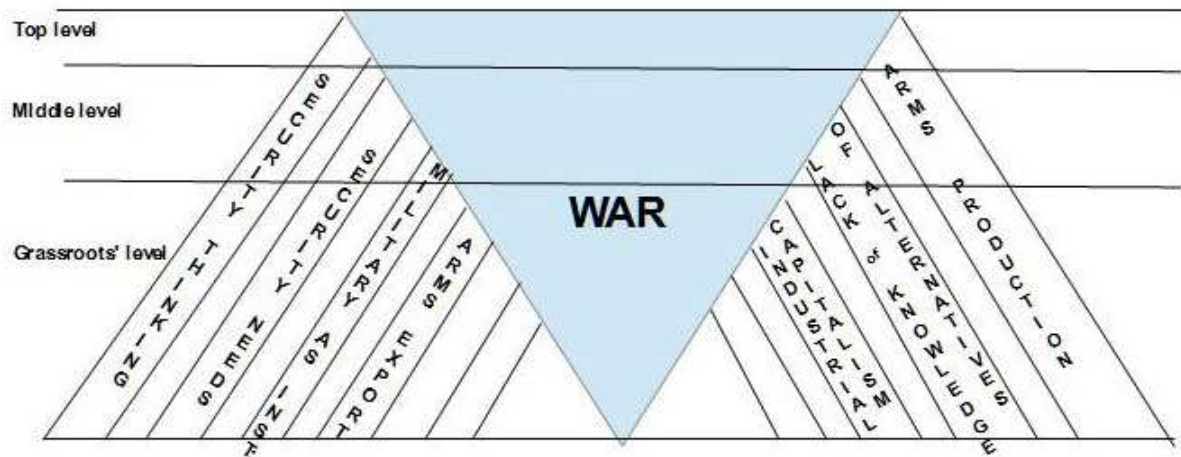
Wenn es um Selbstverteidigung geht, gibt es das Konzept der **Sozialen Verteidigung**. Das ist ein Konzept, wie sich ein Land gegen einen Angreifer von außen oder einen Putschisten von innen zur Wehr setzen kann. Statt des Territoriums wird die Lebensweise verteidigt, indem die Kooperation mit dem Besatzer oder dem Putschisten verweigert wird. Da dieser aber in 99% aller Fälle von solcher Kooperation abhängig ist, um seine Kriegsziele zu erreichen, wird er letztlich unterliegen und sein Vorhaben aufgeben müssen.

Wenn es um menschliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt geht, so gibt es Möglichkeiten, solchen Schutz mit zivilen Mitteln herzustellen. **Unbewaffnetes ziviles Peacekeeping** [unarmed civilian peacekeeping]<sup>iii</sup> ist ein solches Mittel. Dabei geht es um Schutz, den unabhängige unparteiliche BeobachterInnen, die eine Präsenz in Krisengebieten aufbauen, durch vielfältige Maßnahmen des Monitorings, Vertrauensbildung, Dialogförderung oder direktem Eingreifen in Konflikte leisten können.

Was soziale Bewegungen angeht, so haben sie die Wirksamkeit von **gewaltfreier Aktion**, d.h. Strategien, die auf Gewalt verzichten, vielfach unter Beweis gestellt. Und das sogar, wenn es um revolutionäre Ziele wie den Sturz einer Regierung geht. Eine Untersuchung von 2011<sup>iv</sup> zeigt, dass gewaltlose Aufstände zweimal so erfolgreich sind wie gewaltsame, sofern es den Aufständischen gelingt, trotz widriger Umstände bei ihrer gewaltfreien Strategie zu bleiben und Teile der Eliten und der Sicherheitskräfte auf ihre Seite zu ziehen.

Ich komme auf meine Ausgangsfragen zurück: Ist es möglich, Rüstungsexport zu stoppen, ohne die drei anderen Seiten des Vierecks – Rüstungsproduktion, Militär und Krieg – in Frage zu stellen und zu überwinden?

Hildegard Goss-Mayr, Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund, die praktisch ihr ganzes Leben lang weltweit für Gewaltfreiheit und Versöhnung gewirkt hat, hat ein einfaches Modell zur Überwindung von Unterdrückung skizziert, das ich sehr hilfreich auch für unsere Frage hier finde: Es ist ein Säulenmodell, das letztlich das systemische Denken, wie es immer mehr in der Konfliktforschung Eingang findet, vorwegnimmt. Ich habe es mit John-Paul Lederachs' Gesellschaftspyramide kombiniert, die ich allerdings auf den Kopf stellen musste.



Die Säulen hier sind abgeleitet aus dem Quadrat und den möglichen Ansätzen, die ich beschrieben habe, sie anzugehen. (Es gibt natürlich noch weitere Säulen, weshalb ich bewusst zwei hier frei gelassen habe.)

Friedensbewegungen haben in der Vergangenheit einige Erfolge erzielt, insbesondere in Bezug auf Verbot bestimmter Waffentypen (Landminen, Streumunition), Druck auf bestimmte Konzerne (Grässlin verweist auf Verzicht Mercedes auf Bau Panzerabwehrrichtmine 2 (PARM 2) nach bundesweiter Postkartenaktion), Verhinderung einzelner Exporte (63.000 H&K G36-Gewehre an Nepal, S. 580) und Bewusstmachung der Rolle von Rohstoffen („Blutdiamanten“).

Ebenso haben Friedensbewegungen auch eine wesentliche Rolle bei der Beendigung oder Einschränkung von Kriegen gespielt, wenngleich solche Erfolge oftmals spät eintraten und besonders die Politik gerne abstreitet, dass „die Straße“ Einfluss auf ihre Entscheidungen hatte.

Das System Krieg wird von vielen Säulen gestützt. Ich glaube, dass es gilt, systemisch zu denken und an verschiedenen Säulen gleichzeitig zu sägen. Wichtig dabei ist, dasjenige klar zu benennen, was nicht mehr sein soll, aber ebenso klar da zu sein, wo Funktionen, die das Bekämpfte derzeit erfüllt, legitim sind und deshalb mit funktionalen Alternativen ersetzt werden müssen. Rüstungskonversion, Kenntnis und Vorbereitung gewaltfreier Methoden der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bis hin zu gewaltfreien Aufständen und Sozialer Verteidigung sind solche Alternativen. Eines der Probleme ist, dass sie nicht genügend bekannt oder ihr Potential unterschätzt wird. Nicht Gewalt ist das letzte Mittel, sondern Gewaltfreiheit.<sup>v</sup>

<sup>i</sup> Jürgen Grässlin (2013) Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient. München: Heyne Verlag, S.:574.

<sup>ii</sup> Grässlin 2013:16.

<sup>iii</sup> Siehe Schweitzer, Christine (2010) (ed.) *Civilian Peacekeeping – A Barely Tapped Ressource*. Arbeitspapier Nr. 23, Institute for Peace Work and Nonviolent Conflict Transformation. Vehrte: Sozio-Publishing. [Online] at [http://www.ifgk.de/oben/publikationen\\_all8.htm](http://www.ifgk.de/oben/publikationen_all8.htm)

<sup>iv</sup> Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Colombia University Press

<sup>v</sup> Dr. Christine Schweitzer (\*1959, Hamburg) ist Geschäftsführerin beim *Bund für Soziale Verteidigung*, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim *Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung*, Vorstandsmitglied bei den *War Resisters' International* und Redakteurin des vom Netzwerk Friedenskooperative herausgegebenen *Friedensforum*. Sie hat vielfach zu den Themen Zivile Konfliktbearbeitung, gewaltfreie Alternativen zu Rüstung und Militär und verschiedenen Konfliktregionen publiziert. Sie kann erreicht werden unter: [Schweitzer@soziale-verteidigung.de](mailto:Schweitzer@soziale-verteidigung.de)